

Liechtensteiner Volksblatt

erschient Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Gespräch Kohl-Mitterrand
Paris - Bundeskanzler Helmut Kohl ist am Donnerstag mittig zu deutsch-französischen Konsultationen in Paris eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich mehrere Landesminister. Unmittelbar nach seiner Ankunft in Paris traf der Kanzler zu einem Meinungsaustausch mit dem französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand zusammen.

Ortega's Friedensvorschläge
Managua - Der nicaraguanische Präsident Ortega hat am Mittwoch im Rahmen neuer Friedensvorschläge den Abzug von rund 100 kubanischen Militärberatern aus dem Land und ein unbefristetes Moratorium beim Kauf neuer Waffensysteme angeboten. Die Vorschläge waren in einem sechsseitigen Dokument enthalten, das Ortega verlas.

Wahlen für Provinzparlamente
Islamabad - Drei Tage nach den allgemeinen Parlamentswahlen in Pakistan haben am Donnerstag die Wahlen für die vier Provinzparlamente begonnen. Um die 483 Sitze bewerben sich insgesamt 3853 Kandidaten. Die Wahllokale schlossen am 17.00 Uhr Ortszeit (13.00 Uhr MEZ). Mit ersten Ergebnissen ist nicht vor Freitag zu rechnen.

Kontakte Israel-Ägypten
Kairo - Die diplomatischen Kontakte zwischen Israel und Ägypten sind auch am Donnerstag fortgesetzt worden. In Kairo traf Avram Tamir, Generaldirektor des Büros des israelischen Ministerpräsidenten Schimon Peres, zu Gesprächen über eine mögliche Wiederaufnahme von arabisch-israelischen Friedensgesprächen ein.

Chemiewaffenfreie Zone
Bonn - SPD und SED haben am Donnerstag in Bonn ihre Gespräche über die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone fortgesetzt.

Vorarlberg: Verzicht auf Autobahnverbindung

Regenz/St. Gallen (AP) Das österreichische Bundesland Vorarlberg will nicht auf den Bau der Autobahnverbindung S18 am Bodensee und das Grenzschichtzollamt St. Margrethen verzichten. Dies erklärte der für Strassenbau zuständige Landesrat Vetter am Donnerstag in Brezau. «Der Widerstand der Naturschützer und der österreichischen Bodenseegemeinden ist einfach zu gross», begründete Vetter den Verzicht auf das seit über 20 Jahren geplante Strassenstück. Die St. Galler Kantonsbehörden seien diesem Beschluss überrascht, sagte Kantonssingenieur Paul Halter auf Anfrage.

Tempo 50: Jeder vierte Lenker fuhr zu schnell

Geschwindigkeits- und technische Kontrollen der Polizei im ganzen Land

(paf) - Im Zuge des Ausbildungsprogrammes der neuen Hilfspolizisten und Bestandteil des Wiederholungskurses der bisherigen Hilfspolizeimannschaft sind am Mittwoch dieser Woche in der Zeit von 20.00 Uhr bis 24.00 Uhr im Zusammenhang mit der Verkehrspolizei verschiedene Geschwindigkeits- und technische Kontrollen gleichzeitig im ganzen Land durchgeführt.

Mit einem Personalaufwand von insgesamt 37 Mann wurden an folgenden Stellen Geschwindigkeits- und technische Kontrollen durchgeführt: Geschwindigkeitskontrollen auf der Hauptstrasse Triesenberg-Vaduz ausserorts sowie bei der Hauptstrasse in Schaan in Richtung Buchs

Es ist wieder viel kostbare Zeit verstrichen

Wann endlich kommt es zur Schaffung der Landwirtschaftszone in Liechtenstein?

(ps) - Schon vor Jahren erkannte man, dass in Liechtenstein die Schaffung einer Landwirtschaftszone unbedingt nötig ist. 1979 richteten die Landtagsabgeordneten Josef Biedermann (FBP) und Dr. Franz Beck (VU) ein Postulat an die Fürstliche Regierung, die Ausscheidung der für die landwirtschaftliche Nutzung reservierten Flächen vorzubereiten. Dies sollte vor allem der Bewahrung landwirtschaftlich guter Böden vor der Überbauung und Zerstückelung dienen. Im Pressegespräch anfangs Februar 1985 erklärte der Ressortinhaber für Landwirtschaft, Dr. Walter Oehry, dass nun endlich ein Entwurf für die Landwirtschaftszone vorläge. Es müsse jedoch noch darüber abgestimmt werden und es sei noch nicht sicher, ob ein endgültiger Plan noch in diesem Jahr vorgelegt werden könne.

Es ist also wieder viel kostbare Zeit verstrichen. Der Ressortinhaber für Landwirtschaft sollte nun wirklich mit allem Nachdruck in der Regierung dafür

einstehen, noch vor 1986 eine Landwirtschaftszone zu schaffen. Denn gerade seine Partei, die VU, hat noch vor den letzten Landtagswahlen diesbezüglich ein klares Wahlversprechen gegeben, das es nun gilt einzulösen. Auch umwarb die Nachwuchsorganisation der Mehrheitspartei die Liechtensteiner Jugend im Wahlkampf 1982 mit dem Slogan: «Mit der JUGEND UNION für ein grünes Liechtenstein» und versprach u.a. sich für die Schaffung einer Landwirtschaftszone stark zu machen, weil nur so auch in Krisenzeiten unsere Selbstversorgung gewährleistet sei. (Vgl. Vaterland vom 21. Januar 1982.)

Selbstversorgung liegt im argen

Die Selbstversorgung liegt in unserem Land tatsächlich im argen, denn netto, d.h. ohne Importe (dazu gehören auch Futtermittelnimporte), können wir uns heute bei weitem nicht selbst ernähren. Es ist deshalb und zum Schutz unserer Landschaft unbedingt nötig, eine Land-

wirtschaftszone auszuscheiden und so die Existenzgrundlage für die Bauern und damit die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Die starke und zum grossen Teil konzeptionslose Bautätigkeit in den vergangenen Jahrzehnten, bedingt durch den Aufschwung in Liechtenstein, hat die Freiflächen zerstückt und der Landwirtschaft wertvollste Böden genommen. Dadurch wurde auch das Landschaftsbild stark beeinträchtigt. Heute stehen in Liechtenstein überdimensionierte Bauzonen (ein Drittel des Talraumes ist Besiedlungsfläche) immer noch kleinen Aussiedlungsgebieten gegenüber.

Diese Aussiedlerzonen dürfen auf keinen Fall mit der Landwirtschaftszone verwechselt werden, denn sie umfassen lediglich geringe Flächen rund um die bestehenden Siedlungsgebiete. Auf der anderen Seite existieren auf Liechtensteins Landkarte noch grosse «weisse Flecken», die sogenannten «übrigen Gemeindegebiete», welche in vielen Gemeinden als «Bauerwartungsland» bezeichnet werden dürfen.

Viel kostbare Zeit vergeudet

Schon vor Jahren hat man die Bedrohung unserer Landschaft und Landwirtschaft durch die gegebene Schutzlosigkeit erkannt. In den ersten Monaten des Jahres 1979 wurde die Problematik innerhalb der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) diskutiert und die Schaffung einer Landwirtschaftszone vorgeschlagen. Daraus folgte das Postulat der Landtagsabgeordneten Josef Biedermann und Dr. Franz Beck an die Regierung im November desselben Jahres. Erst im Frühjahr 1984 hatte man aber einen Entwurf ausgearbeitet, den man den Gemeinden vorlegen konnte. Im ersten Pressegespräch dieses Jahres erklärte der Ressortinhaber für Landwirtschaft, Dr. Walter Oehry, man habe nun einen mit den Gemeinden bereinigten Entwurf; es sei aber nicht sicher, ob noch in diesem Jahr ein endgültiger Landwirtschaftszone-Plan vorliegen werde. Es ist zwar allgemein bekannt, was für ein heikles Thema die Bildung einer Landwirtschaftszone darstellt, da ihr viele Privatinteressen entgegenstehen; auf der anderen Seite ist es erstaunlich, wieviel Zeit man sich lässt, wenn man sich die Dringlichkeit einer sinnvollen Raumplanung in Liechtenstein vor Augen hält.

In unseren Nachbarländern ist die Entwicklung (Zersiedelung) ähnlich verlaufen - nur reagierte man dort schneller. In der Schweiz schied man durch den «Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen auf dem Gebiet der Raumplanung» von 1972 sämtliche Gebiete aus, die bis zum Inkrafttreten eines Raumplanungsgesetzes nicht überbaut werden dürfen. In Vorarlberg versucht man ebenfalls schon seit dieser Zeit mit der «Grünzonenplanung», geschlossene landwirtschaftlich genutzte Gebiete zu erhalten.

Lernen mit dem knappen Boden umzugehen

Die Landwirte sind vom Fehlen einer Landwirtschaftszone betroffen. Da der Boden, den sie bewirtschaften nicht gesetzlich geschützt ist, werden ihnen auch weiterhin landwirtschaftlich wertvollste Flächen verbaut und zerstückt, weshalb sie ihre Aufgabe als Nahrungsproduzenten und Landschaftspfleger immer weniger erfüllen können. Das Volksblatt fragte Oskar Thöny, Landwirt in Vaduz, nach seiner Meinung zum ganzen Thema:

«Die Notwendigkeit der Landwirtschaftszone ist wohl unbestritten. Meiner Meinung nach müsste man auch die Bauzone wieder verkleinern; wichtig ist auf jeden Fall, dass das ganze heutige «übrige Gemeindegebiet» zu einer unantastbaren Landwirtschaftszone gemacht wird. Es passt doch nicht zusammen, wenn man Aussiedlungen subventioniert und daneben immer mehr Boden verbaut. In unserem kleinen Land muss man unbedingt lernen, mit dem knappen Boden umzugehen. Eine erste Massnahme ist bestimmt der Schutz durch die Schaffung der Landwirtschaftszone.»

Auskunft Spitzenreiter auf dem PTT-Dienstnetz

Bern (AP) Die 111 ist der absolute Spitzenreiter unter den Telefon-Dienstnummern der PTT. Gegen 62 Millionen Anrufe nahmen die Damen von der Auskunft im vergangenen Jahr entgegen, wie der PTT-Pressedienst am Donnerstag in Bern mitteilte. Damit bat jeder Telefonabonnent die Nummer 111 rund 20mal um Auskunft. Auf dem zweiten Platz befand sich die 161, die «sprechende Uhr», mit mehr als 30 Millionen Anrufen, während die Weckdienst-Nummer 150 mit 18,5 Millionen Aufträgen den dritten Platz einnimmt. Stolz Zahlen können auch die Nummern 164 mit den Sportresultaten mit 14 Millionen Anrufen, die 162 mit dem Wetterbericht (12 Millionen), die internationale Auskunft 191 (4,5 Millionen) und die Störungsdienst-Nummer 112 (vier Millionen) vorweisen.

Bleifreies Benzin in ganz Europa

Josef Biedermann vertrat die FBP an einer Tagung der Europäischen Demokratischen Union (EDU) in Wien

Der Ausschuss für «Grenzüberschreitende Umweltprobleme» der EDU tagte letzte Woche in Wien unter dem Vorsitz des ÖVP-Nationalratsabgeordneten Dr. Sixtus Lanner. In einer Presseerklärung appellierte der Umweltausschuss an alle Mitgliedparteien der EDU, alles zu unternehmen, damit Europa zu einer Umweltgemeinschaft werde.

mente, wie z.B. steuerliche Anreize eingesetzt werden.

Der Ausschuss für «Grenzüberschreitende Umweltprobleme» begrüsst auch, dass in der Zwischenzeit in allen europäischen Ländern die Einführung von bleifreiem Benzin in Angriff genommen wurde.

Die französische Regierung wurde aufgefordert, die notwendigen Umweltmassnahmen im Kraftfahrzeugbereich nicht zu verzögern oder sogar zu verhindern.

Dabei komme es bei der Reinhaltung der Abgase nicht darauf an, eine bestimmte Technik vorzuschreiben, sondern strengere Grenzwerte festzulegen, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen.

Neben der Festsetzung von Grenzwerten für Neuanlagen und Neufahrzeuge ist nach Auffassung des EDU-Umweltausschusses die Sanierung von Altanlagen bzw. die Nachrüstung von Altfahrzeugen im Sinne rascher und wirkungsvoller Massnahmen unerlässlich. Die EDU begrüsst es, dass zur Durchsetzung dieser Massnahmen marktwirtschaftliche Instru-

Die Abgasreinigung bei Schwerverkehrsfahrzeugen, die Sicherung und der Schutz der Trinkwasservorkommen und die zunehmende Gefährdung unserer Böden werden an der nächsten Konferenz des EDU-Umweltausschusses behandelt werden. In diesem Ausschuss arbeiten Fachleute und Politiker aus Österreich (ÖVP), Deutschland (CDU und CSU), Grossbritannien, Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark. Vertreten sind auch das Europäische Parlament (EDG), die Europäische Mittelstandsunion und die Europäischen Demokratischen Studenten. Beide liechtensteinischen Parteien sind Mitglied bei der EDU. Zur Konferenz in Wien wurde von der FBP der Landtagsabgeordnete Josef Biedermann, von der VU Altregierungschef Dr. Alfred Hilbe delegiert.

Aus der Regierungssitzung

Die Beschlüsse vom Dienstag dieser Woche

(paf) - In der Sitzung vom Dienstag dieser Woche hat die Regierung nachstehende Geschäfte getätigt:

Regietarife für das Gewerbe 1985

Die Regierung genehmigt die Regietarife des Gewerbes für 1985, die für Arbeiten des Landes zur Anwendung gelangen. In Ergänzung zum Gesamtarbeitsvertrag sind zwischen den liechtensteinischen Gewerbeverbänden und dem liechtensteinischen Arbeitnehmerverband neue Lohnvereinbarungen getroffen worden. Damit wurde einerseits die Teuerung berücksichtigt und andererseits der neuen Ferienregelung und der betrieblichen Personalvorsorge beim Regiestunden-Zuschlag Rechnung getragen.

Neufestsetzung des Kaminfergetarifs

Auf der Grundlage des Brandschutzgesetzes vom 18. Dezember 1974 (LGBI. 1975 Nr. 18) und der Verordnung über das Kaminfergetarifs (LGBI. 1975 Nr. 63) erlässt die Regierung neue Vorschriften über die Entschädigung der Kaminferger. Die neuen Tarife werden am 1. März 1985 in Kraft treten.

Deponien für Rüfematerial

Die Regierung erteilt dem Landesbauamt den Auftrag, einen Bericht über die Gesamtproblematik der Deponien von Rüfematerial auszuarbeiten. Nach Vorliegen des Berichtes soll die Angelegenheit im Rahmen einer Vorsteherkonferenz erörtert werden.

Teilnahme an der Stockholmia 86

Die Regierung bewilligt die Teilnahme der Postwertzeichenstelle an der Briefmarken-Weltausstellung 1986, die vom

28. August bis 7. September in Stockholm durchgeführt wird. Die Postwertzeichenstelle wird an der Stockholmia 86 mit einem Verkaufsstand vertreten sein.

Entrichtung von Landesbeiträgen

- Meliorationsgenossenschaft Vaduzerriet: 126511 Franken als Landesbeitrag für 1984
- Gewerbliche Berufsschule Buchs: 120023 Franken als Betriebskostenbeitrag für 1984
- Meliorationsgenossenschaft Triesenberg: 69485 Franken als Restsubvention für 1984
- Theresianum Ingenbohl: 30000 Franken als Betriebskostenbeitrag für 1985
- Lehrerinnenseminar Bernarda, Menzingen: 24800 Franken als Betriebskostenbeitrag für 1985
- Kunstgewerbeschule der Stadt Zürich: 18872 Franken als Betriebskostenbeitrag für 1984/85
- Lehrerinnenseminar Heiligkreuz, Cham: 18600 Franken als Betriebskostenbeitrag für 1985
- Operettenbühne Balzers: 12000 Franken als Jahresbeitrag 1985

Zusicherung von Subventionen

- Gemeinde Schellenberg: 3495 Franken als 50prozentige Subvention an Feuerwehranschaffungen
- Gemeinde Triesenberg: 16872 Franken als 50prozentige Subvention an Feuerwehranschaffungen
- Gemeinde Triesenberg: 7264 Franken als 50prozentige Subvention an Feuerwehranschaffungen

Arbeitsvergaben

- Sanierung Forstrüfe Schaan: Schlosserarbeiten

innerorts; technische Kontrollen: Kreuzung «Züghüsl» in Balzers, Rheinbrücke Trübbach-Balzers, Dorfzentrum Triesenberg, Hauptstrasse Triesenberg-Steg beim Tunnel, Zollstrasse in Schaan, Feldkircher Strasse Schaan-Nendeln, Prestakreuzung in Eschen, Hauptstrasse Schaanwald innerorts, Ruggell «Steinbruch», Ruggell Höhe Postgebäude.

234 Fahrzeuge gemessen

Geschwindigkeitskontrolle Hauptstrasse Triesenberg-Vaduz ausserorts in der Zeit von 20.00 bis 22.00 Uhr: Signalisierte Höchstgeschwindigkeit 80 km/h; total der gemessenen Fahrzeuge 139; Anzahl der straffälligen Fahrzeuglenker 11 oder 7,91

Prozent; schnellste gemessene Geschwindigkeit 120 km/h. Dieser Fahrzeuglenker wird an die FL-Staatsanwaltschaft angezeigt und muss mit einem Führerausweis-Entzug rechnen.

Geschwindigkeitskontrolle Hauptstrasse «Zollstrasse» in Schaan Richtung Buchs innerorts von 22.00 bis 24.00 Uhr: Signalisierte Höchstgeschwindigkeit 50 km/h; total der gemessenen Fahrzeuge 95; Anzahl der straffälligen Fahrzeuglenker 23 oder 24,21 Prozent; schnellste gemessene Geschwindigkeit 80 km/h.

Bei den technischen Kontrollen wurden insgesamt 463 Fahrzeuglenker auf ih-

(Fortsetzung auf Seite 2)